

Richard Meng

Die nationalpopulistische Internationale

Klare Haltung und soziale Balance: Nur so kann die Demokratie mit den Vereinfachern umgehen

Vereinfacher haben es leicht in diesen Zeiten – dennoch geht es Deutschland noch relativ gut. Trotz AfD- und Pegida-Eruptionen ist die Zahl der offenen Anhänger der Populisten bislang überschaubar. Die Mehrheit meldet sich auch auf den Straßen deutlich gegen die dumpfen Modernitätsverweigerer zu Wort. Diese Gegenmobilisierung ist viel wert, denn sie erschwert eine schleichende Vergiftung des gesellschaftlichen Klimas. Aber sie ist für sich allein noch kein Rezept gegen Verunsicherung und Hass.

Es geht mitnichten »nur« um Ausländerzuzug, Euro und Islam als Einzelthemen. Denn dann ginge es um Argumente, um Sachpolitik, um konkrete Lösungen. Wer den Blick auf die rechtspopulistischen Trends fast überall in Europa weitet, findet lagerübergreifend andere Gemeinsamkeiten, die mit Einzelthemen nicht zu erklären sind. Die drei wichtigsten: Die Mobilisierung von Protest folgt einem nationalen, manchmal geradezu völkischen Interessensansatz, ist stets verwoben mit dem vollmundigen Versprechen von mehr sozialer Empathie und Gerechtigkeit, und von einem klassisch männlichen Rollenbild geprägt.

Diese Mischung ist es, die rechte nationalpopulistische Gruppierungen überall in Europa gefährlich und in einzelnen Staaten erfolgreich macht. Über Gemeinschaftsversprechen (»unsere« Interessen) wird versucht, Wurzeln in Milieus zu schlagen, die sich abgehängt fühlen oder das zumindest befürchten; die rückwärtsgewandt Altbewährtes beschwören oder Neues als Bedrohung ablehnen; die klischeehaft mit Feindbildern arbeiten, durch die Vertrautes und Fremdes strikt getrennt werden; und die sich so nach innen stabilisieren.

Nichts an diesen Klischees ist neu – allerdings reibt man sich mitunter irritiert die Augen, dass es diese gestrigen Projektionen überhaupt noch gibt. Seien das nun – klassisch – die bedrohlichen Russen oder die allesbeherrschenden US-Amerikaner, seien es kriminelle Zuwanderer, gefühllose EU-Bürokraten oder selbstsüchtige Eliten aller Art (neuerdings auch: journalistische). Wobei auch alte rechte und alte linke Klischees mitunter wie austauschbar scheinen.

Von der gefühligen Attraktivität her gibt es Berührungspunkte mit Linkspopulisten, inhaltlich austauschbar ist das aber nicht. Denn es macht einen Unterschied, ob etwa in Russland nationalpopulistische Rhetorik systematisch von oben propagiert und durchgesetzt wird oder ob eine Anti-EU-Rhetorik mit stark deutschfeindlicher Einfärbung wie in Griechenland aus blanker sozialer Not heraus als (vormalige) Oppositionshaltung großen Zulauf hat.

Natürlich ist es auch ein Unterschied, ob die alte französische Le Pen-Rechte sich jetzt mit ihren jahrzehntealten Parolen obenauf fühlt und damit der bedrängten sozialistischen Regierung bereits zu diesem Zeitpunkt den Reformspielraum einengt – oder ob nebenan in Spanien eine konservative Regierung davor zittert, dass sich der griechische Trend fortsetzen könnte und die Menschen demnächst die bisherige Austeritätspolitik radikal abwählen könnten.

Also: Bitte nichts gleichsetzen, was sich da international tut. Aber wer die Herausforderung für die Demokratien verstehen will, muss nach den Gründen dafür schürfen, warum all das nun parallel genau so passiert, einschließlich mancher Tendenzen zu links begründetem nationalem Denken. Und der muss auch erklären, warum

sich die populistische Anti-Fortschritts-Agitation ausgerechnet in Deutschland an Euro und Zuwanderung festmacht, wo doch die deutsche Mehrheitsgesellschaft von beidem mehr als in jedem anderen europäischen Land profitiert – und für diesen Profit gerade von Linkspopulisten anderswo besonders attackiert wird.

Die Menschen verstehen die Politik nicht mehr: Auch das gehört zum Befund. Sie können – und wollen irgendwann – nicht mehr nachvollziehen, warum weit weg was wie entschieden wurde. Es gibt keine Chance zur positiven emotionalen Identifikation – aber sehr wohl zur negativen. Weder die EU-Troika noch der Islam noch Hartz IV oder die Jugendarbeitslosigkeit reichen für sich alleine als Aufhänger bzw. Feindbild. Es spielt noch etwas Zusätzliches, Tiefergehendes hinein: das Gefühl, dass die soziale Balance innerhalb der Gesellschaften verloren gegangen ist.

Aus der Sicht vieler, die jetzt den Populisten folgen, wird diese Balance ohne eine grundsätzliche Kehrtwende nicht mehr zu finden sein. Das bedeutet, dass da Menschen ihre Zukunft als perspektivlos empfinden, was bei vielen von ihnen auch so ist. Dies gilt nicht nur in ostdeutschen Restgesell-

*Es geht um die
Grundeinstellung
zur westlichen
Demokratie und
Lebensweise*

schaften, aus denen die Jüngeren seit Jahrzehnten abwandern. Im Westen gibt es in manch abgehängter Region ähnliche Potenziale. Menschen, die nicht protestieren, aber in manchem ähnlich denken. Die politische Regression, die hinter den Mobilisierungserfolgen der rechten Populisten in Sachsen sichtbar wird, mündet zum Teil in regionaltypischen Zuspitzungen. Das Ausmaß an USA-Feindlichkeit und Russland-Sympathie, das inzwischen in rechts- wie linkspopulistischer Version im Osten zum Ausdruck kommt, lässt sich aus der aktuellen Entwicklung in der Ukraine alleine nicht erklären. Es geht um die Grundeinstellung zur westlichen Demokratie und Lebensweise.

Als würde da eine Bewusstseinskruste von der Oberfläche gekratzt, die sich in den vergangenen Jahrzehnten zwar gebildet, alte Wunden aber nur überdeckt hat. Ist das – Anlässe und konkrete Forderungen beiseite genommen – bei den Rechtspopulisten in Ungarn oder bei manchen südeuropäischen Linkspopulisten wirklich prinzipiell anders? Immer geht es um Zusammenrücken, um Entschiedenheit, auch um nationalen Stolz.

Ganz und gar irrational ist es nicht. Man kann es auch positiv wenden und sagen: Es ist der Wert der Demokratie, dass sie Emotionen bündeln und in der Hoffnung auf Veränderung umsetzen kann. Die neue griechische Regierung hat jedenfalls einstweilen kein Legitimationsproblem nach innen mehr. Auch die verbale Radikalität ist nicht per se irrational: Gegen die Rationalität der Apparate und Experten, die immer so alternativlos daherkam und gerade deshalb für Fortschrittsverlierer so rücksichtslos erscheint, ist der möglichst kompromisslose Protest ein attraktives Mittel geworden. Warum? Er bewegt nach den Mechanismen demokratischen Aushandelns möglicherweise mehr als jeder nette Diskurs. Je radikaler das Anti, desto größer das Zugeständnis der Gegenseite: Das ist die Logik. Und gerade weil in Griechenland aus dem oppositionellen Anti die demokratische Mehrheit wurde, sehen sich die Vertreter der europäischen Institutionen jetzt dauerhaft vor einem strategischen Dilemma. Je mehr sie nachgeben, desto mehr ermuntern sie zur Nachahmung. Freilich, es ist reine Institutionenlogik, so zu denken. Technokratenschach – gegen das Spielerische, Hoffnungsvolle einer radikalen Wahlmehrheit.

Höchst unwahrscheinlich bleibt, dass die Nationalpopulisten international über gegenseitige Sympathie-Rhetorik hinaus tatsächlich zu einem gemeinsamen zielgerichteten Handeln in der Lage wären. Oder dass die dumpfe Deutschtümelei aus der Provinz auf nationaler Ebene gesellschafts-

lich mehrheitsfähig werden könnte. Aber die Rationalität hinter der populistischen Welle sollte niemand gering schätzen.

Da braut sich im Wahlverhalten europaweit etwas zusammen, das die traditionellen, an Konsens- und Kompromiss-suche gewöhnten Parteien im Kern in Frage stellt. Weil es einem wachsenden Teil der Wählerschaft auf diese Weise effektiver erscheint, die Ränder zu stärken, um so mehr aufzumischen. Gerade deshalb müssen Demokraten reagieren. Auch inhaltlich-politisch – aber bitte nicht durch Anpassung.

Was vornehmlich in der Union und speziell in Sachsen an Anbiederung an Anti-Islam-Demonstranten zu beobachten war, ist da genau der falsche Weg. Es zeigt allenfalls, dass die CDU um ihre Klientel fürchtet – und wo diese Klientel politisch eigentlich steht: deutlich rechts von der aktuellen CDU-Politik. Wer dann mit Dialogstrategien nach dem Prinzip »Man kann ja mal drüber reden« und »Wir verstehen Euch ja« vorgeht, akzeptiert die falschen Fragestellungen. Als ob Zuwanderung im nahezu zuwanderungsfreien Sachsen ernsthaft ein Großproblem wäre.

Retro-Populisten – wie Vertreter von AfD und Pegida in Deutschland – kann man nur mit einer glasklaren Haltung entgegenreten. Mit der Botschaft, dass Demokraten über die Grundprinzipien von Freiheit und Menschenrechten nicht mit sich diskutieren lassen. Diese Klarheit bewirkt mehr als eine Dialoghudelei, die von den Populisten nur als Schwäche ausgelegt wird. Aber die nötige Abgrenzung wird auch nur dann glaubwürdig sein, wenn ein Teil der Klarheit darin liegt, dass Demokraten sich mit der sozialen Dysbalance nicht abfinden, die viele erst in die Arme der Populisten getrieben hat.

Hier beginnt die eigentliche politische Aufgabe; deutlich zu machen, dass die Alternative zum Interessen-Egoismus, mit dem die Populisten spielen, wahrlich nicht die kalte Marktlogik sein kann. Zu zeigen, dass man sich um das Wohl des Ganzen kümmern kann, ohne es damit automatisch dabei zu belassen, dass wachsende Gruppen der Gesellschaft immer weiter abgehängt werden; Konfliktbereitschaft endlich auch dort zu zeigen, wo die Ressourcen der Gesellschaft verteilt werden. *Das* ist die Kernaufgabe jeder Politik, die dem Populismus offensiv entgegenzutreten will, die sich aber nicht nur auf »die Politik« abschieben lässt.

Was zuletzt deutlich wurde, ist zum einen ein tumber Abgrenzungsreflex gegenüber amerikanisch-westlicher Kultur und Lebensweise, verstanden als Synonym für den Individualismus und die Raffgier der Wohlhabenden. Dem kann man nur durch gelebte Solidarität entgegenwirken. Zum anderen ist es ein genereller Vertrauensverlust gegenüber der Medienöffentlichkeit, der es schwer macht, überhaupt noch Diskurse zu führen, in denen sich die Gesellschaft insgesamt wahrnimmt.

Es ist also eine Aufgabe auch für einen Journalismus, der sich noch ernst nimmt, der mehr sein will als ständige Alarmsirene und Reflexverstärker, sei es durch Bürgerwut-Live-Berichterstattung rund um Pegida-Demonstrationen. Auch das ist eine der deprimierenden Erfahrungen rund um die international so hohe Publizität der neuen Populisten: Die Hilflosigkeit der Politik wird oft noch übertroffen von der Hilflosigkeit einer Berichterstattung, die es vielleicht kritisch meint, aber mit dem subtilen Magnetismus der populistischen Botschaften nicht fertig wird. Sondern ihn letztlich noch transportiert.



Richard Meng

ist Politikwissenschaftler, Autor und Beirat der NG/FH. Er war stellvertretender Chefredakteur der Frankfurter Rundschau und Sprecher des Senats von Berlin.

richard.meng@t-online.de